

SOZIALES

SoVD-Frauen diskutieren mit Politikerinnen**Benachteiligung von Frauen**

Elke Twesten, Ulla Groskurt, Kreszentia Flauger, Elisabeth Wohler, Katja Krüger und Roswitha Reiß (v.l.n.r.).

Vor Kurzem ist in Niedersachsen die Novelle zum Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) in Kraft getreten.

Die damit verbundenen Änderungen haben nun Elisabeth Wohler (SoVD-Landesfrauensprecherin) und ihre Stellvertreterin Katja Krüger sowie Marie-Luise Hemme und Roswitha Reiß vom Landesfrauenausschuss mit den Landtagsabgeordneten Ulla Groskurt (SPD), Elke Twesten (Grüne) und Kreszentia Flauger (Die Linke) diskutiert. Besonders kritisch sahen die SoVD-Vertreterinnen dabei, dass es im öffentlichen Dienst keine Verpflichtung mehr für Dienststellen unter 50 Beschäftigten gibt, Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. „Aus unserer Sicht findet ganz klar eine Benachteiligung von Frauen im öffentlichen Dienst statt. Eine Gleichstellungsbeauftragte ist bereits bei weniger Beschäftigten dringend erforderlich“, betonte Wohler in dem Gespräch. Und Flauger ergänzte: „Jetzt wo die landesweite

Quote für Frauen 'raus ist aus dem Gesetz, kann jede Dienststelle ihre eigene Quote definieren. Das ist ein Rückschritt.“ Die SoVD-Vertreterinnen halten in diesem Zusammenhang eine engere Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten für notwendig, um sie weiter für das NGG zu sensibilisieren. „Die Beauftragten sollen keine Einzelkämpferinnen sein und bleiben, deshalb werden wir die Vernetzung aktiv unterstützen“, sagte Wohler.

Bereits zu Beginn des Jahres hatten die SoVD-Frauen zudem ihre Sorge um die Finanzierung der Frauenhäuser deutlich gemacht - denn trotz einer Übergangsregelung steht die Finanzierung noch auf keiner verlässlichen Grundlage. Für das kommende Jahr wird deshalb dringend eine verbindliche Regelung benötigt. Um dies voranzutreiben, hat sich der Landesverband an das niedersächsische Sozialministerium gewandt und die Mitarbeit in dem entsprechenden Gremium angeboten.

Tagung zur Inklusion bei Eingliederungshilfen**Selbstbestimmt leben**

Die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung soll in Zukunft im Mittelpunkt aller Fördermaßnahmen stehen.

Das sieht jedenfalls die UN-Behindertenrechtskonvention vor. Die Umsetzung erfordert jedoch einen grundlegenden Umbau der bisherigen Hilfesysteme. Was das für die Betreuung psychisch Kranker bedeutet, soll auf der Tagung „Inklusion bei den Eingliederungshilfen“ beispielhaft für Niedersachsen diskutiert werden. Ziel ist es dabei, entsprechende Handlungsoptionen für die Umsetzung zu finden

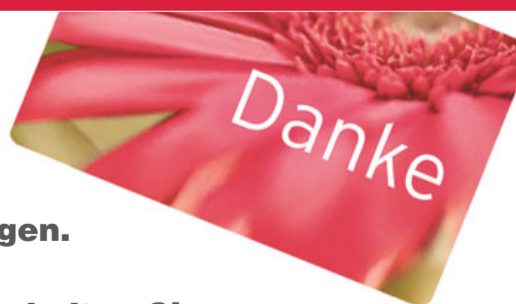
und zu formulieren. Die Tagung wird von der Evangelischen Akademie Loccum in Zusammenarbeit mit dem SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. sowie dem Landesfachbeirat für Psychiatrie in Niedersachsen veranstaltet und findet vom 28. bis zum 30. März 2011 in Loccum statt. Die Tagungsgebühr beträgt 175 Euro (inklusive Übernachtung und Verpflegung). Eine Anmeldung ist direkt bei der Evangelischen Akademie Loccum möglich (Tel.: 05766/81-0, E-Mail: petra.fleischer@evlka.de).

„SoVD - Sag's weiter!“ -**Mitgliederwerbung im SoVD**

Empfehlen Sie den SoVD an Freunde, Bekannte und Kollegen.

Als Dankeschön erhalten Sie von uns eine „Tchibo“-Geschenkkarte im Wert von zehn Euro!

Weitere Informationen gibt es in Ihrem SoVD-Beratungszentrum vor Ort oder im Internet unter www.sovd-nds.de.

**SoVD-Mitglieder im Landtag: Axel Miesner und Ronald Schminke****„Keinen allgemeingültigen Mindestlohn“**

Der 45-jährige CDU-Politiker Axel Miesner gehört seit 2002 dem SoVD und seit 2003 dem Landtag für den Wahlkreis Osterholz an.

Herr Miesner, Sie sind seit 2003 Landtagsabgeordneter. Aber schon 2002 traten Sie in den SoVD ein. Wie kam es dazu?

Zur Mitgliedschaft ist es gekommen, weil ich damals als stellvertretender Bürgermeister zu Gast bei der Jahreshauptversammlung unseres SoVD-Ortsverbandes Worpshausen war. Bei den Wahlen fiel es dort auf, dass zwei Anwesende nicht mitstimmten konnten und die wurden dann schnell überzeugt, Mitglied zu werden. Einer davon war ich - und es war eine gute Entscheidung, weil unser Ortsverband sehr aktiv ist.

Welchen Eindruck haben Sie seitdem von der Arbeit des SoVD gewonnen?

Einen grundsätzlich positiven, weil der Verband sich konstruktiv einbringt in die Diskussion um die entsprechenden Gesetze. Der SoVD setzt sich für seine Mitglieder ein und das ist natürlich ebenso positiv.

Sie arbeiten auch im Landtags-Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Welchen Stellenwert hat die Arbeits- und Sozialpolitik aus Ihrer Sicht in Niedersachsen?

Ich meine, sie hat einen recht hohen Stellenwert. Auch durch unseren Ausschuss wird auf die Sozialpolitik Einfluss genommen. Es gilt, die Wirtschaft so weiterzuentwickeln, dass die Schaffung und der Er-



Axel Miesner während des Interviews.

halt von Arbeitsplätzen möglich sind. Das ist aus meiner Sicht die wichtigste Sozialpolitik: Menschen in Arbeit zu bringen und die Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass sie davon leben können.

Wie sehen sie das stärker werdende Phänomen der sogenannten Aufstocker, die so wenig verdienen, dass sie ergänzend Hartz-IV-Leistungen benötigen?

Es ist sehr schwierig, das pauschal zu beantworten. Für mich ist es wichtig, dass Menschen in den Arbeitsprozess integriert werden, allein von der Wertschätzung her. Und Arbeit darf für die Wirtschaft auch nicht zu teuer werden. Das muss man dann alles abwägen. *Der SoVD kämpft für einen gesetzlichen Mindestlohn. Wie sehen Sie das?*

Für diverse Branchen gibt es bereits Mindestlöhne. Einen

allgemeingültigen Mindestlohn kann es aus meiner Sicht aber nicht geben. Wie soll das funktionieren, wenn jemand Jobs anbieten will, aber die geforderte Lohnhöhe nicht leisten kann? Das führt letztlich dazu, dass Arbeitsplätze nicht angeboten werden können und deshalb hilft uns der Mindestlohn nicht weiter.

Welche sind aktuell ihre persönlichen politischen Schwerpunkte?

Meine Ziele sind einerseits zukunftsfähige Arbeitsplätze im Land und andererseits - durch meine Mitarbeit im Umweltausschuss - die Sicherstellung der Energieversorgung. Wichtig ist mir zudem, dass wir den Personennahverkehr auf der Schiene aufrechterhalten und den gesamten ÖPNV ausbauen. Dabei müssen wir ein Hauptaugenmerk auf die Barrierefreiheit legen.

„Heftige Ungerechtigkeiten für kleine Leute“

Seit 2008 ist Ronald Schminke SPD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Göttingen/Münden. Mitglied im SoVD wurde er aber bereits 1992. Das „Niedersachsen-Echo“ sprach mit dem 54-jährigen Gewerkschafter.

Wie sind Sie mit dem SoVD in Kontakt gekommen?

Mein Patenonkel war damals Ortsvorsitzender im Reichsbund und bat mich, im Ortsverband zu sozialen Themen zu sprechen. Weil ich außerdem selbst noch Hausschlachtungen mache, habe ich oft auch etwas für das Weihnachtessen beigesteuert. Da ich immer gerne beim Reichsbund war, führte es schließlich zur Mitgliedschaft. Für mich hat der heutige SoVD eine große Bedeutung, weil er sich genau wie die Gewerkschaften um Menschen kümmert, die gesundheitliche Probleme oder kleine Renten haben.

Welchen Eindruck haben sie darüber hinaus von der Arbeit des SoVD?

Er greift immer wieder Ungerechtigkeiten auf und legt den Finger in die Wunde, wie bei den Renten. Der Verband hat brisante sozialpolitische Themen auch der während rot-grünen Regierungszeit kritisch aufgegriffen und das war absolut richtig.

Wie sehen Sie den Stellenwert der Arbeits- und Sozialpolitik in Niedersachsen?

Dieser Bereich hat bei der jetzigen Landesregierung keine hohe Priorität, das merkt man ganz deutlich. Niedersachsen ist extrem kalt geworden, was übrigens für ganz Deutschland



Ronald Schminke im Niedersächsischen Landtag.

gilt - und damit meine ich nicht den Winter. Die Sozialgesetzgebung wurde massiv verschlechtert und den Leuten wird immer mehr zugemutet, wie beispielsweise im Gesundheitswesen. Das sind heftige Ungerechtigkeiten insbesondere für die kleinen Leute.

Ältere und behinderte Arbeitssuchende haben nichts vom Aufschwung am Arbeitsmarkt. Der Niedriglohn-Sektor dagegen wächst.

Genau das ist die soziale Kälte, die ich meine. Als Vorsitzender des Fördervereins der Göttinger Werkstätten bekomme ich hautnah mit, dass sich die Arbeitsmarkt-Chancen der Menschen mit Behinderung weiter verschlechtern. Und diese Landesregierung tut nichts, um die Situation zu verbessern. Auch aus unseren ganz konkreten Anträgen zu

Niedriglöhnen und Leiharbeit hat die Landesregierung überhaupt nichts gemacht. Ich halte außerdem einen gesetzlichen Mindestlohn für unerlässlich, unter zehn Euro Brutto-Stundenlohn dürfte hier niemand arbeiten. Doch besonders die FDP im Landtag sperrt sich beim Schutz der Arbeitnehmer vor Niedriglöhnen und Billigkonkurrenz, die sich durch die europäische Freizügigkeit ab Mai ergibt. Das alles ist extrem kurzsichtig, weil wir heute die Löhne der Aufstocker durch Hartz IV subventionieren und das später im Rentenalter wieder tun müssen. Außerdem widerspricht es der Würde des Menschen, für fünf oder sechs Euro brutto arbeiten zu müssen. Riesige Vermögen werden dagegen zu niedrig besteuert - das werden wir nicht hinnehmen.